

I. GESELLSCHAFT

1. Förderpolitik: Was werden Sie unternehmen, damit alle in Sachsen lebenden Menschen ihren kulturellen Neigungen diskriminierungsfrei nachgehen können und öffentliche Förderung für diese Aktivitäten finden?

Wir wollen, dass alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben können. Dabei spielt für uns die Herkunft keine Rolle. Jeder Mensch soll seine kulturellen Interessen nach seiner eigenen Vorstellung ausüben können. Wo wir feststellen, dass dies von behördlicher Seite behindert wird, werden wir dies hinterfragen und uns dafür einsetzen, dass unsere Vorstellung von barrierefreiem Zugang ermöglicht wird.

Die Piratenpartei Sachsen setzt sich dafür ein, dass alle Fördermaßnahmen der urbanen wie ländlichen Kulturräume und des Landes Sachsen auf einer gemeinsamen Plattform publiziert und aufbereitet werden. Dazu ermittelt der Freistaat in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Kulturräumen Konzepte um staatlichen und kommunalen Leerstand und ungenutzte Flächen zu katalogisieren. Diese Räume werden kostengünstig Menschen zur Verfügung gestellt, die soziale, gesellschaftliche oder kulturelle Projekte planen und umsetzen.

Die Piratenpartei Sachsen will, parallel zur Schulbildung, eine möglichst kostenfreie kulturelle Bildung ermöglichen. Das umfasst alle staatlich anerkannten Bildungsmöglichkeiten in Tanz, Theater, Musik, Sport und alle anderen Formen bildender und darstellender Kunst. Die individuelle Förderung im Bedarfsfall für die Bildung an privaten Einrichtungen soll ebenfalls möglich sein.

2. Gewaltprävention: Wie werden Sie sich für Integrationskurse, Sozialarbeit und schulische Lerninhalte zur Prävention gegen Gewalt "im Namen der Ehre" und Zwangsverheiratung einsetzen?

Allen Betroffenen muss klargemacht werden, dass ein Verhalten, welches den Gesetzen unseres Landes widerspricht, sich wie Gewalt "im Namen der Ehre" und Zwangsverheiratung sogar den Menschenrechten zu Wider läuft, in unserer Gesellschaft keinen Platz hat, weil sie der individuellen Freiheit des Einzelnen entgegengesetzt ist.

Dies zu vermitteln muss die Hauptaufgabe in den gesellschaftlichen Aspekten von Integrationskursen, Sozialarbeit oder schulischem Lerninhalt sein.

3. Verdachtsunabhängige Personenkontrollen: Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um Polizeibedienstete für "Racial Profiling" zu sensibilisieren und diesem vorzubeugen?

Die Piratenpartei lehnt die Ermittlungspraxis des sogenannten "Racial" oder "Ethnic Profiling" ab. Sie beschreibt die diskriminierende Verwendung von Zuschreibungen wie ethnische Zugehörigkeit, Hautfarbe, Herkunft oder Religion als Grundlage für Identitätskontrollen und Durchsuchungen ohne konkrete Indizien. Ermittlungen und Kontrollen müssen auf konkreten Verdachtsmomenten beruhen und dürfen nicht Ausdruck von Vorurteilen sein. Genauso wie ein Anzug kein Indiz dafür ist Steuern zu hinterziehen, ist die Hautfarbe oder die Ethnie kein Indiz für kriminelles Verhalten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Ermittlungsbehörden vom "Racial" oder "Ethnic Profiling" nicht mehr gebrauch machen werden.

In jedem Fall muss die Bekämpfung von Vorurteilen und Rassismus Bestandteil einer jeder Ausbildung zum Polizisten werden. Jedem Polizei-Anwärter muss von Anfang an vermittelt werden, dass von "Schwarzen Menschen" nicht mehr oder weniger Gefahren ausgehen als von allen anderen Menschen auch. Durch die Einführung einer unabhängigen Beschwerdestelle bezüglich Straftaten, die von der Polizei begangen werden, wollen wir sicherstellen, dass kein rassistischer Übergriff von staatlichen Institutionen unerkannt bleibt und dass alle diese Vorkommnisse je nach Schwere zu ahnden sind.

Zudem setzen wir uns auch dafür ein, dass jeder Polizist an eine Kennzeichnungspflicht gebunden ist. Das bedeutet, dass im Falle einer Diskriminierung seitens der Polizei ein Instrument zur Identifizierung des jeweiligen Beamten zur Verfügung steht.

4. Gesellschaftliches Miteinander: Was werden Sie unternehmen, um Diskriminierung von und Vorbehalte gegenüber trans- und intersexuellen Menschen abzubauen?

Es muss selbstverständlich werden, dass verschiedene sexuelle Orientierungen schon immer existiert haben und zum Leben gehören. Es reicht daher nicht aus, die Aufklärung darüber allein im Sexualkundeunterricht abzuhandeln. Eine fächerübergreifende Bildung ist notwendig um die Komplexität des Themas abzubilden. In Unterrichtsmaterialien, welche in Schulen benutzt werden, sind nach einer Studie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) von 2012 LSBTTIQ-Menschen völlig unsichtbar und werden darin immer noch klassische Geschlechterrollen klischeehaft transportiert. In Schulbüchern müssen daher dringend Themen aus dem Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Transsexuellen-, Transgender-, Intersexuellen- und Queer- (LSBTTIQ) -Bereich aufgenommen werden und diese Menschen dabei sichtbar dargestellt werden.

Deutschlandweit sind Piraten auf den verschiedenen CSDs aktiv, um auf die Probleme der Betroffenen in der Gesellschaft hinzuweisen und für eine vorurteilsfreie Betrachtung der Menschen und ihrer Leistungen zu werben. Es gilt für alle Meinungsbildner, das Postulat der allgemeinen Gleichstellung zu leben. Nur dann ist zu erwarten, dass es sich in der Gesamtgesellschaft durchsetzt.

5. Feiertagskultur: Die Einschränkungen an so genannten "Stillen Feiertagen" (Verbot von Tanz- und Sportveranstaltungen, Film- und Theateraufführungen sowie Demonstrationen) werden von der Mehrheit der Gesellschaft nicht mehr akzeptiert. Wie werden Sie sich für die Abschaffung der vorgenannten Einschränkungen einsetzen?

Im Freistaat Sachsen gelten Verbote für öffentliche Tanz- und Sportveranstaltungen an den stillen Tagen Karfreitag, Totensonntag, Buß- und Betttag und Volkstrauertag. Die Piratenpartei Sachsen lehnt solche Tanz- und Veranstaltungsverbote generell ab und strebt darüber hinaus die gänzliche Abschaffung der stillen Tage an. Sie greifen in unzulässiger Form in die allgemeine Freiheit und die Gewerbefreiheit ein. Da dieser Eingriff oftmals aus religiösen Motiven erfolgt, widersprechen sie zudem dem Prinzip der Trennung von Staat und Religion. In einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft ist die Priorisierung jedweder religiöser Feiertage über weltliche, gesellschaftliche Aktivitäten nicht mehr zeitgemäß.

6. Parität: In welche Gremien und Anhörungen werden Sie künftig auch dezidiert säkulare oder Vertreter/-innen der humanistischen Weltanschauung einbeziehen?

Eine Pauschalisierung sehen wir hier als schwierig an, die Entscheidungen sollten im Einzelfall und den jeweiligen Themen entsprechend erfolgen. Insbesondere im Rundfunkrat sehen wir bei der bisherigen Zusammensetzung diesbezüglich jedoch große Defizite.

7. Staatskirchenrecht: Werden Sie für die Abschaffung der im Jahr 1803 auf Lebenszeit der betroffenen Kleriker vorgesehenen, nunmehr auf Gewohnheitsrecht bzw. Staatsverträgen beruhenden Staatsleistungen an die evangelische und katholische Kirche eintreten? Begründen Sie bitte ggf. Ihre Antwort in nicht mehr als zwei Sätzen.

Wir fordern die Herstellung staatlicher Neutralität gegenüber Menschen aller Weltanschauungen und Religionszugehörigkeiten, denn ein säkularer Staat muss eine Plattform sein, welche frei ist von Diskriminierung oder Privilegierung einzelner Bekenntnisse – dies erfordert die konsequente Trennung von religiösen und staatlichen Belangen. Finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung, bei der Übertragung von Aufgaben in staatlichen Institutionen und beim Betrieb von sozialen Einrichtungen, sind immer eine Bevorzugung und daher restlos abzubauen.

8. Rechtsgrundlagen: Sehen Sie einen Widerspruch zwischen Artikel 109 Abs. 4 (i.V.m. Art. 138 Abs. 1 WRV) und Artikel 112 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen? Begründen Sie bitte ggf. Ihre Antwort in nicht mehr als zwei Sätzen.

Ja, hier besteht ein Widerspruch.

Bundes- und Landesregierungen verweisen jeweils auf den anderen, wann immer die im Grundgesetz festgeschriebene Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen zur Debatte steht. Die Piratenpartei Sachsen würde sich in einer solchen Debatte auf Landes-Ebene nicht mit einem Verweis auf den Bund zufrieden geben.

II. BILDUNG

1. Unabhängigkeit I: Was werden Sie unternehmen, um staatlich hinreichend finanzierte, weltanschaulich und politisch neutrale sowie von wirtschaftlichen Vertriebsinteressen unabhängige Bildung in Kitas und Schulen zu gewährleisten?

Wir fordern eine Verdopplung des Bildungsetats im Verlauf der nächsten 10 Jahre, um die Unabhängigkeit von Sponsoring und Drittmittelfinanzierung zu gewährleisten.

Eine Trennung von Staat und Religion und die Plattformneutralität des Staates gegenüber den verschiedenen Weltanschauungen ist Grundlage der Freiheit. Diese Trennung ist noch nicht vollzogen. Die Piratenpartei Sachsen fordert daher eine umfassende und konsequente Durchsetzung dieser Prinzipien, auch in den verschiedenen Bereichen der Bildung.

Um die Erstellung von zeitgemäßem Unterrichtsmaterial und die qualifizierte Weiterbildung des sächsischen Lehrpersonals zeitnah und hochwertig in die Wege zu leiten, erscheint es zielführend, auf das Wissen freier Träger zurückzugreifen. Eine hohe Qualität der Materialien und eine Aktualität der Weiterbildung muss hierbei jedoch gewährleistet sein.

2. "Herdprämie": Werden Sie über den Bundesrat für die Abschaffung des Betreuungsgeldes eintreten? Begründen Sie bitte ggf. Ihre Antwort in nicht mehr als zwei Sätzen.

Ja. Wir befürchten für die Kindesentwicklung negative Effekte insbesondere bei sozial schwachen Familien. Diese bekommen Geld, wenn sie ihre Kinder nicht in eine Gemeinschaftseinrichtung schicken, obwohl deren Nutzen für die soziale Entwicklung gut belegt ist. Zudem braucht es für die freie Wahl eines Familienmodells zuerst einmal gleiche Ausgangsbedingungen und nicht wie in der aktuellen Situation ein Betreuungsgeld, das die bestehende Schieflage zu Ungunsten berufstätiger Eltern verschärft.

3. Familienbilder: Befürworten Sie die Darstellung von Patchwork-Familien, Regenbogenfamilien, (kinderlosen) Lebenspartnerschaften zwischen Frauen bzw. Männern sowie von allein erziehenden Müttern oder Vätern als der "klassischen Familie" gleichwertige und gleichberechtigte Lebensentwürfe in Bildungseinrichtungen? Begründen Sie bitte ggf. Ihre Antwort in nicht mehr als zwei Sätzen.

Ja. Wir betrachten jegliche Form des freiwilligen Zusammenlebens erwachsener Menschen als gleichwertig. Das ist für uns selbstverständlich und braucht keine weitere Begründung.

4. "Berliner Modell": Werden Sie sich außer für evangelischen und katholischen auch für anderen Religions- oder Weltanschauungsunterricht als ordentliche Schulfächer einsetzen? Begründen Sie bitte ggf. Ihre Antwort in nicht mehr als zwei Sätzen.

Der konfessionelle Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach ist eine der speziellen Staatsleistungen an die Kirchen, wie sie in den Konkordaten geregelt wurden. Anstatt im öffentlichen Bildungsbereich mehr Wahlfreiheit herzustellen und damit verbunden Millionen Euro an Mehrkosten für ein zusätzliches Unterrichtsfach zu verursachen, ist es an der Zeit, die staatliche Finanzierung der religiösen Ausbildungen zu beenden. Ein Unterrichtsfach Ethik/Philosophie ist sehr gut geeignet, Schülern eine Grundbildung in Fragestellungen und Methoden dieser wichtigen Disziplinen der Geisteswissenschaften zu vermitteln.

5. Unabhängigkeit II: Was werden Sie unternehmen, damit Lehre und Forschung frei und unabhängig bleiben bzw. werden? Bedenken Sie bei Ihrer Antwort bitte die bestehende Abhängigkeit von so genannten "Drittmitteln", Stiftungsprofessuren bzw. Beschränkungen durch religiöse Glaubensinhalte.

Unsere Forderung nach einer Verdoppelung des Bildungsetats umfasst auch die Ausgaben für Hochschulen. Insbesondere lehnen wir Kooperationen mit Partnern aus der Wirtschaft in den Bereichen Gen- und Militärtechnik ab und dringen auf entsprechende Überprüfung der Zusammenarbeit.

6. Geschlechterrollen: Was werden Sie außer der Unterstützung von "Girls' Days" und "Boys' Days" unternehmen, um Diskriminierung von und Vorbehalte gegenüber Männern in "Frauenberufen" und Frauen in "Männerberufen" abzubauen, mithin Geschlechterrollen zu öffnen?

Wir möchten uns im Sexualkundeunterricht in Sachsen künftig kritisch mit den Entstehungsbedingungen des Menschenbilds und der Geschlechterrollen auseinandersetzen.

Außerdem möchten wir einen geschlechtsneutralen Schulsport ermöglichen. Zu „Männer-/Frauenberufen“ haben wir noch keine konkreten Forderungen.

7. Lebenslanges Lernen: Welche Kernelemente wird Ihr "Sächsisches Bildungsurlaubsgesetz" beinhalten?

Die Piratenpartei Sachsen sieht sich in der Pflicht, lebenslanges Lernen zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, Lehrangebote, Lehrmaterial und individuelles Coaching kostenlos zur Verfügung zu stellen. Das Weiterbildungsangebot sollte sich nach unseren Vorstellungen nicht primär an der besseren Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt ausrichten, sondern vor allem an den individuellen Bedürfnissen.

III. GESUNDHEIT

1. Patientenrechte: Es sind Fälle bekannt geworden, in denen sich Ärzte aufgrund ihrer individuellen moralischen Ansichten über rechtsverbindliche Patientenverfügungen hinweg gesetzt haben. Wie werden Sie künftig die Einhaltung von Patientenverfügungen sicherstellen?

Jeder Patient hat das Recht die Behandlung abzulehnen. Die Patientenverfügung stellt sicher, dass dieses Recht auch dann wahrgenommen werden kann, wenn der Patient seinen Willen nicht mehr erklären kann. Das Patientenverfügungsgesetz sieht nicht vor, dass Ärzte entgegen dem verfügten Willen handeln dürfen.

2. Organspende: Welche Maßnahmen werden Sie zur Sicherstellung des ordentlichen Ablaufs von Organspenden und Transplantationen ergreifen?

Die Vergabe von Transplantaten muss unter rein medizinischen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Wir befürworten die in Deutschland gültige Zustimmungsregelung, die jeden selbst entscheiden lässt, Organe zu spenden. Niemand darf auf Grund seiner Lebensart oder Sexualität von der Möglichkeit zur Organ-, Knochenmark- oder Blutspende ausgeschlossen werden.

3. Selbstbestimmung: Befürworten Sie, Krankenhäusern den Versorgungsauftrag zu entziehen, wenn diese Patientinnen und Patienten die reproduktive Selbstbestimmung aus nicht-medizinischen Gründen verweigern? Begründen Sie bitte ggf. Ihre Antwort in nicht mehr als zwei Sätzen.

Ein Entzug der Trägerschaft unter den gegebenen Bedingungen ist im Einzelfall zu prüfen. Eine medizinische Betreuung nach unwissenschaftlichen, ideologischen Kriterien lehnen wir ab.

4. Selbstbestimmung am Lebensende: Werden Sie im Bundesrat eine Verschärfung der Rechtslage in Hinblick auf die Sterbehilfe ablehnen?

Wir unterstützen keine Gesetzesvorhaben, die Selbstbestimmung der Patienten einzuschränken.

IV. TIERRECHTE

1. Sentience Politics: Wie stehen Sie zu Forderungen, Grundrechte auf (nicht-menschliche) Tiere auszuweiten? Begründen Sie bitte ggf. Ihre Antwort in nicht mehr als zwei Sätzen.

Tiere können als Lebewesen nicht selbst für ihre Rechte eintreten. Aus diesem Grund fordert die Piratenpartei Sachsen u.a. ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen, die gesetzliche Festschreibung höherer Mindeststandards in der Nutztierhaltung und eine artgerechte Tierhaltung, die natürliche Sozialkontakte, beispielsweise zwischen Artgenossen, ermöglicht und ausreichend Ruhemöglichkeiten bieten.

2. Tierrechte I: Werden Sie sich für ein Verbot von Wildtieren in Zirkussen einsetzen? Begründen Sie bitte ggf. Ihre Antwort in nicht mehr als zwei Sätzen.

Ja, auf Landesebene tun wir dies beispielsweise im Saarland und in Nordrhein-Westfalen bereits mit einem entsprechenden Antrag im Landtag. Gerade in den oftmals als kleine Familienbetriebe von Ort zu Ort ziehenden Wanderzirkussen ist eine artgerechte Haltung im Sinne der spezifischen Bedürfnisse der Tiere nicht möglich. Die aus der Haltung in engen Käfigen und Gehegen, dem fortlaufenden Stress durch die permanente Verbringung von Ort zu Ort, der Dressur sowie der mehrmals täglichen Vorführung resultierenden Gesundheitsprobleme und Verhaltensstörungen sind mit dem Staatsziel Tierschutz im Sinne des § 20a GG nicht vereinbar.

3. Tierrechte II: Welchen Einfluss werden Sie auf unwürdige Lebensbedingungen von Menschenaffen und anderen empfindungsfähigen Lebewesen in zoologischen Gärten nehmen?

Durch das bereits erwähnte Verbandsklagerecht möchten wir sicherstellen, dass jedes Tier artgerecht gehalten wird. Auf diesem Weg kann eine Verbesserung der Lebensbedingungen gerichtlich erstritten werden.

V. BUNDES RAT

1. Gleichbehandlung: Werden Sie sich über den Bundesrat für eine Abschaffung des "besonderen Tendenzschutzes" (insbes. § 9 Abs. 2 AGG und § 118 Abs. 2 BetrVG) einsetzen? Begründen Sie bitte ggf. Ihre Antwort in nicht mehr als zwei Sätzen.

Ja, auch hier gibt es wie in allen anderen betroffenen Bereichen keinen Grund, warum beispielsweise für Tendenzbetriebe andere arbeitsrechtliche Grundsätze gelten sollten, wie in "normalen" Unternehmen.

2. Justizopfer: Werden Sie sich über den Bundesrat für eine individualisierte Justizopferentschädigung z.B. entsprechend dem zivilen Schadensersatzrecht einsetzen? Begründen Sie bitte ggf. Ihre Antwort in nicht mehr als zwei Sätzen.

Stand der Diskussion ist, dass die Entschädigung für Opfer ungerechtfertigter Strafverfolgung auf einen angemessenen Satz erhöht werden muss. Des Weiteren ist für erlittene Nachteile eine weitgehende Folgenbeseitigung anzustreben, insbesondere ein Ausgleich für verlorene Zeiten in der Sozialversicherung und entgangenes fiktives Einkommen. Es ist zudem

unverständlich, dass von diesem Betrag ohne Rechtsgrundlage noch Verpflegungskosten abgezogen werden.

VI. PERSÖNLICHE ANSICHTEN

1. Migration: Sind Sie der Auffassung, dass sich im Tod von Flüchtlingen, Asylsuchenden oder Menschen mit Migrationshintergrund auch (integrations-) politisches Versagen widerspiegelt? Begründen Sie bitte ggf. Ihre Antwort in nicht mehr als zwei Sätzen.

Eine „Festung Europa“ ist nicht hinnehmbar, vielmehr muss die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik auf der Achtung der Menschenrechte beruhen und die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der UN-Kinderrechtskonvention respektieren. Statt die Abriegelung Europas weiter voranzutreiben, muss die EU Maßnahmen zur sicheren Grenzüberquerung von flüchtenden Menschen, besonders auf den Meeren vor Europa, treffen, um diesen die Möglichkeit zu geben, einen Antrag auf Asyl zu stellen.

2. Werte: Sind Sie der Auffassung, dass sich die Menschen- und Grundrechte aus religiösen Glaubensinhalten ableiten? Begründen Sie bitte ggf. Ihre Antwort in nicht mehr als zwei Sätzen.

Menschen- und Grundrechte sind die verbindliche Formel für ein Zusammenleben in Frieden und Freiheit. Sie begründen sich somit mehr auf sozialen Erfahrungen, als auf dem Glauben an höhere Mächte.